

Nr. 1/2013

MAGAZIN

forumZFD

Inklusive
Sonderseiten zur Kampagne



WESTLICHER BALKAN:
KAMPF UM DIE
ERINNERUNG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

ein Soldaten-Ehrenmal in der französischen Kleinstadt Sedan sorgte im Vorfeld zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges für Konflikte in den deutsch-französischen Beziehungen. Im Krieg errichteten die deutschen Besatzer in der nordfranzösischen Ardennenstadt ein Denkmal für ihre gefallenen Soldaten. Der Bürgermeister von Sedan will das baufällige Denkmal nun just im Jahr vor dem Jubiläum abreißen lassen. Es sei als Provokation der Besatzer errichtet worden, begründete er das Vorhaben. Damit löste er umgehend Proteste unter Historikern in Deutschland und Frankreich aus. In französischen Tageszeitungen sorgte die Debatte um das ‚Denkmal für deutsche Soldaten‘ für einigen Widerhall.

Der Fall zeigt, wie uns scheinbar weit entfernte Vergangenheit wieder einholt und ein vom Einsturz gefährdetes einhundert Jahre altes Denkmal zum grenzübergreifenden Politikum wird.

In den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens zählen die Kriege der 90er noch zur jüngeren Vergangenheit. In allen Nachfolgerepubliken sind

die Erinnerungen der Menschen noch frisch. Kein Wunder, dass jede Provokation, jedes neue Denkmal, das eine Gruppe für ‚ihre‘ Verstorbenen oder ‚ihre‘ Helden errichtet, sofort heftige Emotionen weckt. Diese Konflikte sind in der Region leider an der Tagesordnung, wie unsere Reportage „Kampf um die Erinnerung“ zeigt. Johannes Rieger hat drei Vorfälle der letzten Monate für uns recherchiert – es gäbe noch mehr Beispiele.

Von einer gemeinsamen Erinnerung an die Gräueltat der Kriege ist die Mehrheit der Bevölkerung noch weit entfernt. Bislang sind es nur kleinere zivilgesellschaftliche Initiativen, einige wenige Intellektuelle und Wissenschaftler/innen, die sich für einen Dialog über die Vergangenheit einsetzen. Mit der Ausstellung MONUMENTI hat das forumZFD in der Region eine Initiative gestartet, mehr Menschen in diesen Austausch über die gegensätzlichen Gedenkkulturen einzubinden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und grüße Sie herzlich.

Ihr

Christoph Bongard
Leiter Abteilung Kommunikation

AUS DEM INHALT

Editorial	S. 2
Meinung	S. 3
Kommentar von Armin Laschet	
Aus den Projekten	S. 4
von Johannes Rieger Kampf um die Erinnerung MONUMENTI - Eine Ausstellung	
Das Interview	S. 8
mit Helga Tempel „Wir nehmen den Frieden in die eigenen Hände“	
Kampagne	S. 10
von Heinz Wagner „Unsere Stimme zählt!“	
Kampagne	S. 12
Lobby für den Frieden	
Aus der Akademie	S. 14
von Martin Steber und Dagmar Helmig Friedenstrainerin Gal Harmat aus Israel im Porträt	
ZFD wirkt!	S. 16
Gute Nachrichten	
Spenderinfos	S. 18
Informationen rund um die Spende	
Materialien	S. 19
Zum Schluss	S. 20
Denkanstoß / Impressum	

BUNDESTAG DISKUTIERT PERSPEKTIVEN DES ZIVILEN FRIEDENSDIENSTES

Am 20. Februar 2013 stellten Carsten Montag (forumZFD) und Martin Vehrenberg (AGEH) im Entwicklungsausschuss des Bundestages den Vorschlag des Konsortium Ziviler Friedensdienst zum Ausbau des ZFD vor. Die Sprecher der Trägerorganisationen und Staatssekretärin Gudrun Kopp informierten die Abgeordneten über die Perspektiven des Zivilen Friedensdienstes.



Foto © Deutscher Bundestag / Lichtblick.com/Alfede

FRIEDEN BRAUCHT ZIVILGESELLSCHAFT

KOMMENTAR VON ARMIN LASCHET, CDU

Der Zivile Friedensdienst leistet einen wertvollen Beitrag in den Krisenregionen weltweit. Der Einsatz seiner Fachkräfte verdient größten Respekt: Sie leben und arbeiten für Frieden und Versöhnung. Sie unterstützen wichtige Gruppen in den betroffenen Gesellschaften beim Dialog über Konfliktlinien hinweg und der Suche nach Frieden.

Aus eigener Erfahrung wissen wir Deutschen, wie wertvoll eine solche Unterstützung von außen sein kann. Ohne die Hilfe unserer europäischen Nachbarn und der USA, die wir beim Aufbau unserer so lebendigen Demokratie nach der Nazidiktatur erfahren haben, sähe Deutschland heute anders aus. Zum anderen ist es die Erfahrung, dass Frieden und Versöhnung nur gelingen können, wenn die Menschen auf diesem Weg mitgenommen werden. Unser gutes Verhältnis zu Frankreich und Polen haben wir nicht zuletzt Projekten wie dem deutsch-französischen und dem deutsch-polnischen Jugendwerk zu verdanken, die tausenden Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu Begegnung und Freundschaft gegeben

haben. Wichtige Impulse zur Aussöhnung kamen aus der Gesellschaft, auch wenn es oft die Gesten der Staatsoberhäupter sind, die uns in Erinnerung bleiben.

Als Brückenbauer zwischen Konfliktparteien und Unterstützer lokaler Friedensinitiativen greifen die Fachkräfte im Zivilen Friedensdienst (ZFD) diese Erfahrungen auf. Sie organisieren Dialoge zwischen israelischen und palästinensischen Gruppen, sie kümmern sich zum Beispiel um die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen in Kambodscha und unterstützen Versöhnungsinitiativen im ehemaligen Jugoslawien. Ihre Arbeit setzt dort an, wo staatliche Diplomatie und ihre Mittel zur Konfliktlösung enden. Als Nichtregierungsorganisationen können sie direkt mit Gruppen der betroffenen Gesellschaften zusammenarbeiten. Darum brauchen wir einen starken Zivilen Friedensdienst, um Beiträge für dauerhaften Frieden leisten zu können.

Deutschlands Rolle als Partner in internationalen Bündnissen, als eng in die globalisierte Welt eingebundene Exportnation und als Einwanderungsland machen viele der Konflikte, in denen der Zivile Friedens-

dienst aktiv ist, auch zu unserem Anliegen. Aus diesen Gründen lohnt es sich, frühzeitig die Lösung von Konflikten zu fördern, bevor diese mit all den negativen Folgen eskalieren. Der Zivile Friedensdienst zählt nachweislich zu den wenigen Ansätzen, die erfolgreich und nachhaltig genau in dieser frühen Phase von Konflikten wirken.

Es wird gerne übersehen, dass wir auch bei uns von dem Erfahrungsschatz der Friedensfachkräfte nach ihrer Rückkehr profitieren können. Schon jetzt bringen sie ihre Kenntnisse über Kulturen und Konflikte in vielen Kommunen für bessere Integration und Gewaltprävention ein.

Wir brauchen einen globaleren internationalen Blick auch in unserer innenpolitischen Debatte. Ich bin überzeugt, dass es sich lohnt, mehr in die Prävention von Kriegen mit zivilen Mitteln zu investieren. In der Gesellschaft, im Zivilen Friedensdienst, findet der Staat wichtige und kompetente Partner für diese Herausforderung. Dies sollte auch nach der Bundestagswahl Maßstab für die Bundesregierung sein. ■



Armin Laschet ist stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands und Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen.



Im März 2009 besuchte Armin Laschet in seiner damaligen Funktion als Integrationsminister von NRW einen Qualifizierungskurs unserer Akademie für Konflikttransformation in Königswinter (hier im Gespräch mit Ngassam Mbakop aus Kamerun).

KAMPF UM DIE ERINNERUNG

WARUM DENKMÄLER IM WESTLICHEN BALKAN IMMER WIEDER IM ZENTRUM DER KONFLIKTE STEHEN

von Johannes Rürger

Die Explosion muss gewaltig gewesen sein. Der Gedenkstein im Vorgarten des Rathauses von Mostar ist in der Mitte gespalten. Als hätte der Blitz eingeschlagen. Splitter des weißen Marmors liegen noch immer im tiefgrünen Gras verstreut. Aufgeräumt hat hier niemand, nur das Absperrband der Polizei ist inzwischen entfernt worden.

In der Nacht zum 14. Januar 2013 wurde in Mostar, der drittgrößten Stadt Bosnien-Herzegowinas, ein Denkmal für die bosniakischen Soldaten im Bürgerkrieg (1992-1995) zerstört. Die Stadt stand nach dem Vorfall unter Schock. Vertreter aller politischen Parteien, die Polizei und der Hohe Repräsentant der UNO in Bosnien verurteilten den Anschlag als „Akt des Terrorismus“ und „feigen Vandalismus“. Schnelle Aufklärung

wurde versprochen. Zu Verhaftungen oder Anklagen kam es bisher jedoch nicht.

In Bosnien-Herzegowina leben sowohl Bosniaken als auch Serben und Kroaten. Der multiethnische Staat war in den 90er Jahren Schauplatz eines der schlimmsten Kriege in Europa seit 1945 – mit Mostar als einem der „Epizentren“. Schon damals erlangte die Stadt mit der Zerstörung eines Denkmals traurige Berühmtheit. Die „Alte Brücke“, ein weltweit bekanntes Meisterwerk osmanischer Architektur, wurde 1993 durch kroatischen Beschuss zerstört. Zwar wurde sie nach Kriegsende wieder aufgebaut und ist seit 2005 Teil des UNESCO-Weltkulturerbes, doch die symbolische Teilung der Stadt in einen bosniakisch-muslimischen Osten und einen kroatisch-katholischen Westen bleibt bestehen. Konflikte zwischen den Volksgrup-



pen kommen seit Kriegsende immer wieder vor – die Zerstörung von Denkmälern ist ein häufiges Mittel radikaler Gruppen, diese Konflikte anzuheizen.

Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln

Der bekannte Journalist und Schriftsteller Marko Tomaš sitzt in einer kleinen Kneipe, unweit des zerstörten Denkmals. Müde sieht er aus, abgekämpft, in seiner Stimme schwingt Resignation mit, als er über den Anschlag in Mostar spricht. Er nimmt einen tiefen Zug von seiner Zigarette und denkt lange nach, bevor er schließlich seine Einschätzung darlegt. „Im Grunde ist das Aufstellen oder Abreißen von Denkmälern in Bosnien die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Zerstörung des Denkmals für die Soldaten der bosnischen Armee ist eine klassische Geschichte. Es geht um politische Provokation, darum, die Spannungen auf einem hohen Niveau zu halten. Das dient den konservativen Parteien, die so ihre Wähler mobilisieren. Sie nutzen

die Angst der Menschen aus. Wenn man ein Denkmal angreift, greift man die Erinnerung an die Opfer an. Man spricht der anderen Seite das Recht ab, ihrer Angehörigen zu gedenken, während man die eigene Vergangenheit und die Mythen hochhält.“

Kein Einzelfall

Ein Konflikt wie dieser ist auf dem Westbalkan kein Einzelfall. Auch in Serbien, Mazedonien und im Kosovo nutzen Politiker und ihre Anhänger Gedenkveranstaltungen und Denkmäler, um ihre eigene Position zu unterstützen. Jede Gruppe will ihre Version der Vergangenheit durchsetzen. Darum kommt es regelmäßig zu Konfrontationen zwischen den Bevölkerungsgruppen. Das Problem: Die Helden der einen sind die Kriegsverbrecher und Terroristen der anderen.

Auch in Novi Pazar, einer Stadt im Südwesten Serbiens, in der überwiegend Bosniaken leben, schwelt ein solcher Konflikt. Im Sommer 2012 kam es zur offenen Konfrontation. Im Zentrum der Stadt war von bosniakischer Seite eine Gedenktafel für Aćif Hadžiahmetović

angebracht worden. Für viele Bosniaken ist dieser ein Held, der die Stadt während des Zweiten Weltkrieges gegen serbische Royalisten, die sogenannten Tschetniks, verteidigte. Die serbische Bevölkerung und die Regierung in Belgrad lehnten die Gedenktafel ab und forderten ihre Entfernung. Der Konflikt schaukelte sich daraufhin weiter auf: Statt dieser Forderung nachzukommen, verlangten politische und religiöse Vertreter der Bosniaken von der serbischen Regierung, die politische Rehabilitation des Tschetnik-Generals Dragoljub Mihailović rückgängig zu machen. Unter dessen Befehl waren ebenfalls im Zweiten Weltkrieg Verbrechen gegen die bosniakische Bevölkerung in Novi Pazar verübt worden. Noch ist ungewiss, ob dieser Konflikt weiter eskaliert.

Fortsetzung nächste Seite

Die „Alte Brücke“ von Mostar verbindet die beiden Stadtteile: den bosniakisch-muslimischen Osten mit dem kroatisch-katholischen Westen.

Welle der Gewalt

Schauplatz des jüngsten dramatischen Denkmalkonfliktes ist das Preševo-Tal im Südosten Serbiens, das hauptsächlich von Albanern bewohnt wird und direkt an das Kosovo grenzt. Im Herbst 2012 ließ die Gemeindeverwaltung dort einen Gedenkstein für 27 Kämpfer der "Befreiungsarmee Preševo, Bujanovac und Medvedja" (UCPBM), einer albanischen Guerillaeinheit aus dem Kosovokrieg, aufstellen. Für die Albaner sind diese Männer Freiheitskämpfer und Helden. In den Augen der Serben handelt es sich um Terroristen.

Nachdem die Gemeinde eine Frist der serbischen Zentralregierung zur Entfernung des Gedenksteines verstreichen ließ, drohten serbische und albanische bewaffnete Gruppen

einander mit Krieg. Vermittlungsversuche westlicher Botschafter in Belgrad blieben erfolglos und so rückten am 20. Januar diesen Jahres etwa 200 serbische Polizisten in das Stadtzentrum von Preševo ein. Der Gedenkstein wurde mit schwerem Gerät entfernt und an einen unbekanntem Ort gebracht. Die Reaktion von albanischer Seite ließ nicht lange auf sich warten. Im benachbarten Kosovo wurden am 21. und 22. Januar über 60 serbische Gräber und ein Denkmal für serbische Opfer des Zweiten Weltkrieges zerstört. Mehrere serbisch-orthodoxe Klöster im Kosovo wurden angegriffen. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die Botschafter der USA, Englands, Frankreichs und Deutschlands die "Welle der Gewalt gegen serbische Gräber und Monumente". Wie in Mostar und

Novi Pazar sieht man auch hier ein Muster von Provokation und Gegenprovokation. Das Beharren auf einer bestimmten Sicht der Vergangenheit führt in eine Eskalationsspirale, die sich nur schwer unterbrechen lässt.

Zeichen der Hoffnung

Anderenorts gibt es jedoch Zeichen der Hoffnung. In Sarajevo, Symbol jugoslawischer Zerfallskriege und heute Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas, plant man inzwischen ein Denkmal für die serbischen Kriegsoffer. Vor wenigen Jahren schien dies noch undenkbar. „Am sinnvollsten wäre eigentlich ein Denkmal für alle zivilen Opfer des Krieges, ohne ethnische Zuordnung“, meint Ahmed Burić, Schriftsteller aus Sarajevo. „Jede nationale Gruppe errichtet Denkmäler zur Glorifizierung ihrer Vergangenheit. Das führt stets zu neuen Konflikten.“ Die Anerkennung der Opfer auf allen Seiten wäre hingegen ein wichtiger Schritt in Richtung Aussöhnung.

Auch Marko Tomaš in Mostar denkt darüber nach, wie sich die Konflikte um Denkmäler auflösen lassen. „Jeder Einzelne muss ein klares und objektives Verhältnis zu seiner Vergangenheit haben, dann bekommen auch die Denkmäler eine andere Bedeutung. Die Brücke zum Beispiel ist für viele ein Symbol der Teilung geworden, aber nur weil sie mit ihr den Krieg verbinden. Für mich ist die Brücke ein gemeinsames Denkmal aller Einwohner Mostars.“

Der Autor Johannes Rüger ist im Rahmen eines Nachwuchsförderungsprogramms im Regionalbüro des forumZFD in Belgrad tätig und unterstützt den Bereich Öffentlichkeitsarbeit.



Am 14. Januar wurde dieser Gedenkstein in Mostar mit einem Sprengsatz zerstört.



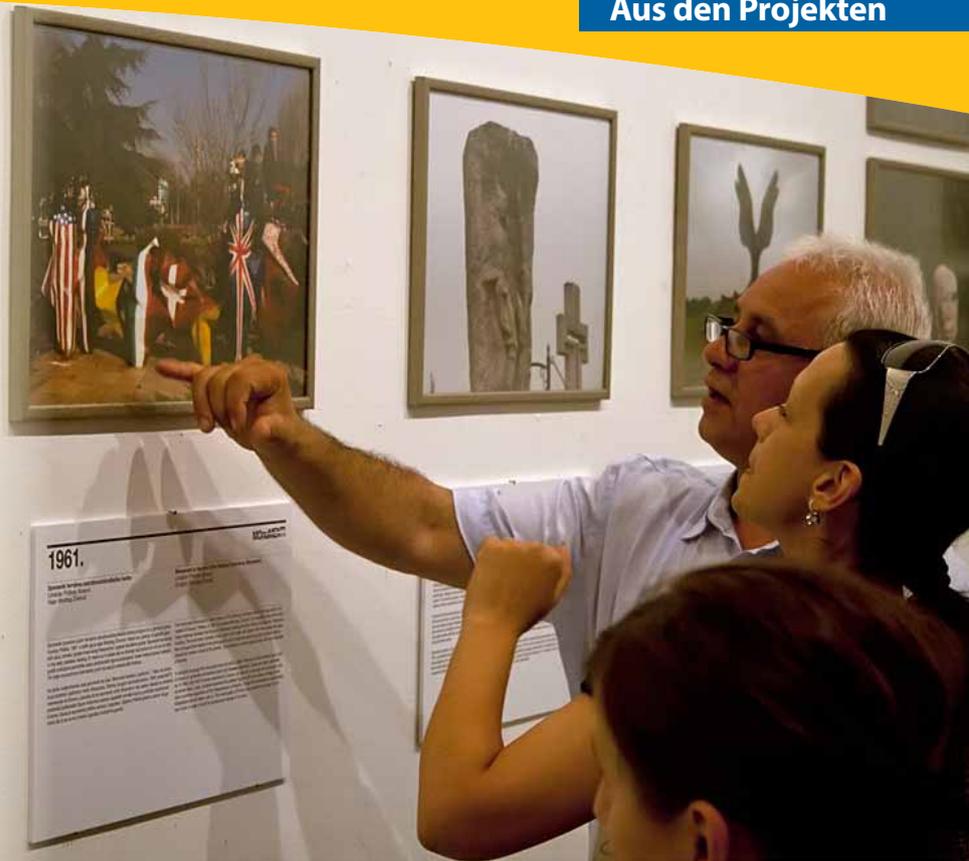
Foto © Johannes Rüger

MONUMENTI

EINE AUSSTELLUNG UNTERSTÜTZT DEN DIALOG ÜBER DIE VERGANGENHEIT IM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN

Wie können wir die fatale Situation überwinden, dass die Konflikte der 1990er Jahre und ihre Feindbilder in der öffentlichen Erinnerungskultur eine Fortsetzung finden? Was können wir der einseitigen Heldenverehrung und dem Gedenken ‚nur an die eigenen Opfer‘ entgegensetzen, das viele Versöhnungsinitiativen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens immer wieder zurückwirft? Mit diesen Fragen setzt sich das Team des *forumZFD* mit seinen Partnern in der Region immer wieder auseinander. Eine Antwort ist die Ausstellung *MONUMENTI*, die seit dem vergangenen Jahr in mehreren Hauptstädten der Region gezeigt wird und die in diesem Jahr auch nach Deutschland kommt. Auf über 40 Fotografien werden Denkmäler aus allen Phasen des 20. Jahrhunderts und allen Republiken des ehemaligen Jugoslawien dargestellt. In kurzen Texten werden die Geschichten hinter den Monumenten, ihre Bedeutung für die jeweiligen Länder und Bevölkerungsgruppen erläutert. Im Rahmen einer aufwendigen Recherche reiste der Fotograf Marko Krojač durch alle Republiken, fotografierte vor allem viele weniger bekannte Denkmäler und dokumentierte ihre Geschichte.

„Wir wollen mit der Ausstellung in erster Linie zum Dialog über die unterschiedlichen Erinnerungskulturen anregen. Indem wir zum



Die Ausstellung *MONUMENTI* stieß auch in der Stadt Prizren im Kosovo auf großes Interesse.

Beispiel ein Denkmal aus dem Kosovo neben einem serbischen Denkmal zeigen, regen wir die Besucher zum Perspektivwechsel an“, erklärt Christian Pfeifer, Regionalleiter für den westlichen Balkan beim *forumZFD*, das Konzept der Ausstellung. Nach der Eröffnung in Belgrad wurde sie in den Hauptstädten des Kosovo und Mazedoniens, Pristina und Skopje, gezeigt. Weitere Stationen, unter anderem in Sarajevo und Mostar in Bosnien-Herzegowina, werden folgen. In diesem Jahr wird *MONUMENTI* in Wiesbaden auf dem Festival des Mittel- und Osteuropäischen Films (www.filmfestival-goeast.de) vom 10. bis 16. April sowie in Aachen, Genf und Liverpool zu sehen sein.

Auch in anderen Projektländern des *forumZFD* heizen Auseinandersetzungen um die Vergangenheit aktuelle Konflikte an. Im Libanon stößt die Ausstellung aus dem westlichen Balkan bereits auf Interesse. Eine Präsentation in der Hauptstadt Beirut ist geplant. ■

KATALOG ZUR AUSSTELLUNG DEUTSCHE AUSGABE AB APRIL LIEFERBAR

Ab April können Sie den ausführlichen Katalog zu *MONUMENTI* mit allen Bildern und Kommentaren auch auf Deutsch bei uns beziehen. Bestellungen über:
Telefon: 0221 91 27 32 - 0
E-Mail: kontakt@forumZFD.de

UNSERE STIMME ZÄHLT!

AUFRUF ZUM MITMACHEN

von Heinz Wagner

Eine Mehrheit der Deutschen lehnt die Kriegseinsätze der Bundeswehr ab. Auch der jüngste Auslandseinsatz in Mali steht bereits in der Kritik, obwohl die Bundesregierung den Einsatz auf Ausbildung beschränken will und Kampfeinsätze bislang ausschließt. Es gehört politisch mittlerweile schon zum guten Ton, um Akzeptanz für militärische Einsätze zu werben, indem man zugleich den Ausbau ziviler Hilfe verspricht. Die zivile Krisenprävention ist auf diese Weise zu einer beliebten, aber auch beliebigen politischen Vokabel geworden. Niemand ist dagegen, parteiübergreifend wird ihre Bedeutung herausgestellt, mit ihr kann man nichts falsch machen im politischen Wettstreit.

Die Wirklichkeit deutscher Friedenspolitik ist jedoch ein Armutszeugnis des politischen Willens. Der Ruf nach ziviler Prävention erschallt regelmäßig erst dann, wenn unerträgliche Bilder der Gewalt die Berichterstattung der Medien dominieren und die Politik bereits militärische Einsätze diskutiert. Hier wird die Bedeutung des Begriffs Prävention, zu deutsch Vorsorge, absichtsvoll missverstanden. Prävention heißt, sich bereits zu engagieren, lange bevor Konflikte zu Kriegen eskalieren. Wer es ehrlich meint, müsste den Aufbau von Instrumenten und Strukturen zur gewaltfreien Prävention in der Friedens- und Sicherheitspolitik vorantreiben.

Interventionismus ist gescheitert

In dieser Hinsicht waren die letzten Jahre für die Stärkung der zivilen Krisenprävention weitgehend verlorene Jahre. Der Zivile Friedensdienst und andere zivile Instrumente wurden nicht weiter ausgebaut. Zugleich kamen in den letzten Jahren immer neue Auslandseinsätze der Bundeswehr hinzu: Piratenbekämpfung vor Somalia, Seeraumüberwachung vor der libanesischen Küste, Sicherung der Wahlen im Kongo, Stationierung von Abwehrraketen an der türkisch-syrischen Grenze.

Der Umbau der Bundeswehr zur Armee im Einsatz geht mit großem Tempo weiter, obwohl in vielen Kommentaren und Stellungnahmen von einer Krise oder gar dem Scheitern des Interventionismus zu lesen ist - und das längst nicht nur von Seiten der Friedensbewegung. Kritik und Zweifel sind aus allen Teilen der Gesellschaft, auch aus den konservativen Parteien und nicht zuletzt aus der Bundeswehr selbst zu hören.



Doch unsere Politikerinnen und Politiker tun sich offensichtlich schwer damit, Alternativen zu militärischem Handeln auszubauen. Niemand fürchtet, deshalb Wahlen zu verlieren oder Mandate nicht zu gewinnen. Hier fehlt politischer Druck, den wir gegen die Lobby von Militär und Rüstung in die Waagschale werfen müssten.

Militär und Rüstung haben eine starke Lobby

Kennen Sie den Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV e.V.)? Oder die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT), der 230 Firmen angehören? Oder den Förderkreis Deutsches Heer e.V. mit ungefähr 160 Firmen, die als fördernde oder außerordentliche Mitglieder bezeichnet werden? Oder den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRRw)? Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Sie alle sind Lobbyorganisationen für die Belange von Militär und Rüstung. Sie können sich darauf verlassen, in unserer Gesellschaft gehört zu werden. Sie produzieren politischen Druck. Dafür sorgen schon die große Zahl ihrer Mitglieder und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Der Verband der Reservisten zum Beispiel zählt über 122.000 Mitglieder und erhält für seine Arbeit jährlich Zuschüsse von etwa 13,8 Mio. Euro aus dem Verteidigungsetat.

Finanzkräftige Organisationen haben viele Möglichkeiten, ihre Botschaft bei den politischen Entscheidern nachdrücklich in Erinnerung zu bringen. Jenseits von ideologischen Sicherheitskonzepten geht es schlicht und einfach auch darum, den Besitzstand zu wahren: Beschäftigung und

Einkommen, Standorte, Rüstungsaufträge, Forschungsgelder und so weiter.

Der Zivile Friedensdienst hat dem scheinbar wenig entgegen zu setzen. „Ein Bereich, der sich in der Öffentlichkeit wenig Artikulationsmöglichkeiten verschafft, ist im Ressourcenwettbewerb außerhalb des Parlaments und innerhalb immer gehandicapt“, betonte der Bundestagsabgeordnete Joachim Spatz (FDP), Vorsitzender des Unterausschusses für zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit des Deutschen Bundestages auf einer Veranstaltung der Akademie für Konflikttransformation.

Mit der Kampagne „20 Millionen mehr vom Militär!“ haben wir vor zwei Jahren eine Initiative gestartet, um diese Verhältnisse zu ändern. Mehr als 6.000 Unterschriften für unsere Forderung und viele phantasievolle Aktionen hielten den Zivilen Friedensdienst in der Diskussion. Vor allem eine konzertierte Briefaktion an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, an der sich viele Unterstützer mit Briefen an ihre Wahlkreisabgeordneten beteiligten, hat nachhaltigen Eindruck gemacht. In den letzten Haushaltsverhandlungen haben sich alle Oppositionsfraktionen unsere Forderung zu eigen gemacht und Anträge für einen deutlichen Ausbau des Zivilen Friedensdienstes eingebracht.

Ziviler Friedensdienst braucht Unterstützung!

Mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 haben wir eine große Chance, mit unseren Forderungen endlich erfolgreich zu sein. Unser Ziel: Die nächste Bundesregierung soll sich zum Ausbau des Zivilen Friedensdienstes verpflichten. Dafür müssen wir

eine Mehrheit der Abgeordneten des nächsten Deutschen Bundestages als Unterstützer unseres Anliegens gewinnen.

Ein halbes Jahr vor der Wahl sind wir auf einem guten Weg: Spitzenpolitiker von CDU, SPD und Grünen haben sich in den letzten drei Ausgaben unseres Magazins für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes ausgesprochen. Mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und dem Konsortium Ziviler Friedensdienst fordern zwei wichtige Netzwerke zur Bundestagswahl den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.

Unsere Lobbymöglichkeiten sind nicht vergleichbar mit denen der Rüstungs- und Sicherheitslobby. Aber wir haben die überzeugenderen Argumente auf unserer Seite. Ich behaupte, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler steht im Grundsatz hinter unserem Anliegen. Das können wir den zukünftigen Abgeordneten bis zur Bundestagswahl gemeinsam vermitteln. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit dem persönlichen Einsatz vieler, mit Phantasie und Kreativität Erfolg haben werden.

Ich baue auf Sie. Werden auch Sie Lobbyist/-in für den Frieden. ■



Heinz Wagner
ist Geschäftsführer
des Forum Ziviler
Friedensdienst e.V.

FRIEDEN WÄHLEN



ANLEITUNG ZUM LOBBYISMUS ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

Nutzen Sie die Bundestagswahl am 22. September 2013 und werden Sie Lobbyist/in für den Frieden. Hier erfahren Sie alles, was Sie darüber wissen müssen.

Unsere Volksvertreter/innen: Welche Aufgaben hat eigentlich ein Mitglied des Bundestages (MdB)?

Mein MdB ...

- vertritt die Interessen der Bürger und Bürgerinnen seines Wahlkreises und seiner Partei
- verfasst und beschließt Gesetze
- wählt den/die Bundeskanzler/in und kontrolliert die Regierung
- verabschiedet den Bundeshaushalt und bestimmt damit zum Beispiel, welcher Anteil der Steuern für Verteidigung oder für den Zivilen Friedensdienst verwendet wird
- entscheidet über Auslandseinsätze der Bundeswehr
- setzt sich dafür ein, dass meine Anliegen wie zum Beispiel der Ausbau des Zivilen Friedensdienstes an die entsprechenden Stellen weitergegeben werden
- sorgt dafür, dass meine Stimme Gehör findet.

Abgeordnete haben ein offenes Ohr für Anliegen aus ihrem Wahlkreis

In Berlin werden die Abgeordneten mit unzähligen Anliegen von Interessensgruppen und Lobbyisten konfrontiert. Auch das *forumZFD* führt mit Fachpolitiker/innen in Berlin regelmäßig Gespräche über den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.

Besonders sind die Abgeordneten jedoch den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis verpflichtet. Darum hat jede/r Abgeordnete zusätzlich zu seinem Büro im Bundestag ein sogenanntes Wahlkreisbüro. Außerhalb der Sitzungswochen suchen MdBs auf unzähligen Veranstaltungen im Wahlkreis den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. In Wahljahren gilt das natürlich ganz besonders.

Die für Sie zuständigen Kandidat/innen anzusprechen ist viel einfacher, als Sie vielleicht denken. Denn schließlich heißen Abgeordnete Volksvertreter – das heißt, sie sind verpflichtet, Ihre Anliegen zu vertreten. ■

WERDEN SIE AKTIV!

Schreiben Sie an Ihre Kandidat/innen für den Deutschen Bundestag

Dazu können Sie den nebenstehenden Brief (Seite 11) verwenden. Sie finden die Briefvorlage auch zum Download auf unserer Website www.20millionen-mehr-vom-militaer.de.

Wir haben für Sie eine Liste aller Kandidatinnen und Kandidaten zusammengestellt. Wenden Sie sich einfach an unsere Freiwillige Emily Manssdörfer, die Ihnen Namen und Kontaktdaten in Ihrem Wahlkreis nennt.

Telefon: 0221 91 27 32 - 34

E-Mail: manssdorfer@forumZFD.de



Fragen Sie Ihre Kandidat/innen im Internet auf www.abgeordnetenwatch.de

Auf dieser Website können Sie Ihre Fragen direkt an die Kandidatinnen und Kandidaten richten. Der Vorteil: Andere Wählerinnen und Wähler können Ihre Frage und die Antwort der Kandidat/innen nachlesen.

Erfragen Sie die Positionen am Wahlkampfstand

Im Sommer werden die Parteien in den Fußgängerzonen wieder mit Wahlkampfständen um



NEHMEN SIE EINFLUSS!

Stimmen werben. Nutzen Sie das Angebot und fragen Sie nach den Positionen zum Ausbau des Zivilen Friedensdienstes. Am besten tragen Sie immer eines unserer Aktionsfaltblätter in der Tasche, das Sie Ihren Gesprächspartner/innen übergeben können.

Treffen Sie Ihre Kandidat/innen

Vereinbaren Sie direkte Gespräche mit Ihren Kandidat/innen, um ihre Positionen zum Ausbau des Zivilen Friedensdienstes zu erfragen. Berichten Sie uns von Ihren Treffen und machen Sie ein Foto für die Website der Kampagne!

Werben Sie mehr Unterzeichner/innen für die Kampagne

Fordern Sie weitere Aktionsfaltblätter und Postkarten an (Infos auf Seite 18) und verteilen Sie sie in Ihrem persönlichen Umfeld. Sammeln Sie Unterschriften für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.



Spenden Sie für die Kampagne

Helfen Sie uns mit Ihrer Spende, unsere Kampagne noch bekannter zu machen und noch mehr Unterstützer/innen zu gewinnen!

Spendenkonto:

Konto: 82 40 101

BLZ: 370 205 00

Bank für Sozialwirtschaft

POSITION EINFORDERN!

RICHTEN SIE EINEN BRIEF AN IHRE KANDIDAT/INNEN

Absender:
Günter Mustermann
Anderswostr. 72
55555 Frieden

Frau/Herrn
Bundestagskandidat/in
Elke/Max Mustermann
Straße, Hausnr.
PLZ, Ort

Ihre Position zum Ausbau des Zivilen Friedensdienstes

Ort, Datum

Sehr geehrte(r) Frau/Herr,

die Bundesregierung investiert sehr viel Geld in militärische Reaktionen auf Krisen und Konflikte. Dabei ist bekannt, dass rund die Hälfte aller Länder in den ersten fünf Jahren nach einem Waffenstillstand eine erneute Eskalation der Gewalt erlebt. Meiner Meinung nach kann nur eine zivile Gewaltprävention die Ursachen solcher Konflikte angehen und einen langfristigen Frieden sichern. Deshalb fordere ich von Bundestag und Bundesregierung den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.

Ich bin überzeugt, dass die zunehmenden Konflikte um Ressourcen, die Folgen des Klimawandels und die zunehmende Anzahl instabiler Staaten die Stärkung der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung zu einer der zentralen Herausforderungen für die deutsche Entwicklungs- und Friedenspolitik machen. In einer Studie der Bundesregierung heißt es: „Der Zivile Friedensdienst könnte weit mehr erreichen, wenn der Wirkungsbereich auf eine breitere lokale und nationale Interventionsebene ausgedehnt würde.“

Ich erwarte, dass der nächste Bundestag diese Herausforderungen anerkennt und den Zivilen Friedensdienst in den nächsten drei Jahren um jährlich mindestens je 20 Millionen Euro ausbaut.

Als **Kandidat/in/Kandidat** zur Bundestagswahl 2013 bitte ich Sie um Erklärung: Werden Sie nach Ihrer Wahl in den Bundestag für den vorgeschlagenen Ausbau des Zivilen Friedensdienstes stimmen?

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Günter Mustermann

Diesen Brief finden Sie zum Download auf www.20millionen-mehr-vom-militaer.de.

„WIR NEHMEN DEN FRIEDEN IN DIE EIGENEN HÄNDE“

EIN GESPRÄCH MIT HELGA TEMPEL, EHRENVORSITZENDE DES *FORUMZFD*

Helga Tempel, Jahrgang 1935, gehört zu den Mitbegründerinnen des Forum Ziviler Friedensdienst e. V. und war von 1999 bis 2004 Vorsitzende des Vereins. Heute ist sie dem *forumZFD* als Ehrenvorsitzende verbunden. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass Helga Tempel zu den bekanntesten Friedensaktivistinnen in Deutschland zählt. Seit den 50er Jahren ist sie friedenspolitisch aktiv. Gemeinsam mit ihrem Mann Konrad Tempel gehört sie zu den Initiatoren der Ostermärsche.



Foto © TimonEvent

Frau Tempel, wie kamen Sie dazu, Ihr Leben dem Friedensthema zu widmen?

Ich gehöre zur Generation, die den Faschismus und den 2. Weltkrieg recht bewusst miterlebt hat, auch wenn ich bei Kriegsende erst 13 Jahre alt war. Die Bedrohungen vor allem durch die Bombenangriffe und die Unterdrückung jeglicher Individualität durch den totalitären Staat haben sich auch uns Jüngeren unvergesslich eingepägt. So entstand in mir der tiefe Wunsch, dazu beizutragen, dass es nie wieder einen deutschen Faschismus geben solle und Deutschland nie wieder Krieg führen dürfe.

Mein Einstieg in die Friedensarbeit erfolgte 1954 über die Arbeit für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Mein Mann und ich haben die allerersten deutschen Kriegsdienstverweigerer vorbereitet und in die Ausschuss-Verhandlungen begleitet. Mein Engagement wurde aber sehr bald erweitert durch Initiativen zu Verständigung und Versöhnung und für gewaltfreien Widerstand.

Der konstruktive Ansatz des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ist für mich notwendige und innovative Fortführung dieser Friedensarbeit.

Ab Anfang der 90er Jahre haben Sie sich erfolgreich für die Einrichtung des Zivilen Friedensdienstes eingesetzt. Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Zusammenarbeit von Friedensorganisationen mit staatlichen Strukturen, wie sie im Programm des Zivilen Friedensdienstes realisiert ist?

Das *forumZFD* tritt entschieden für eine andere, gewaltfreie Politik des Staates ein und ist bereit, dazu auch mit offiziellen Stellen zusammenzuarbeiten und vorhandene Strukturen für seine Ziele zu nutzen. Ich erkenne darin eine konstruktive Herausforderung des Staates, sich für Alternativen zur herkömmlichen Außenpolitik zu öffnen und dafür nach dem Subsidiaritätsprinzip Mittel zur Verfügung zu stellen. Damit nehmen wir übrigens auch Einfluss auf eine sinnvolle Steuerverwendung.

Dabei weiß ich um die Gefahren der staatlichen Einflussnahme, ja der Vereinnahmung des ZFD. Ich unterstütze daher das *forumZFD* in seinem Bemühen, seine politische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit zu bewahren.

Sie gehören zu den Mitbegründerinnen verschiedener gewaltfreier Initiativen und Organisationen in Deutschland, haben sich aber auch international engagiert. Welche Bedeutung messen Sie heute der internationalen Vernetzung gewaltfreier Initiativen zu?

Kritische Stimmen zum ZFD meinten anfangs, wir unterschätzten negative Auswirkungen rein nationaler Teams. „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“, hielt man uns entgegen. Dies entsprach jedoch nicht unserem politischen Ansatz. Im Gegenteil: Wir wollten einerseits in internationalen Teams arbeiten und waren andererseits überzeugt, dass es auch in anderen Teilen Europas sowie weltweit Offenheit für solidarische Friedensarbeit gäbe und dialogbereite Kräfte zu aktivieren wären. So entstand auf meine Anregung hin sehr früh die länderübergreifende Kooperation auf dem Gebiet konstruktiver gewaltfreier Friedensarbeit. Bereits 1999 kam es infolge dieses Impulses zum Zusammenschluss des Europäischen Netzwerks für Zivile Friedensdienste und wenige Jahre später zur Gründung der weltweiten Nonviolent Peaceforce.

Solche grenzüberschreitende Zusammenarbeit scheint mir eine wichtige Voraussetzung für zukunftsweisendes Friedensstiften, und hier bin ich nach wie vor engagiert.

Wenn Sie auf die letzten 60 Jahre Ihres Engagements für den Frieden zurückblicken: Was sind für Sie persönlich die größten Erfolge der Friedensbewegung, was die größten Enttäuschungen gewesen?

Den größten Erfolg sehe ich in der Aktivierung einer kaum überschaubaren Zahl von Einzelnen und Initiativen im Ausland wie auch in Deutschland selbst. Sie nehmen den Frieden in die eigenen Hände, indem sie sich in höchst kompetenter Weise mit Konfliktbearbeitung sowie auch allgemeinen friedenpolitischen Themen befassen und zivile Alternativen zu einer militärgestützten Außenpolitik entwickeln und umsetzen.

Enttäuschend ist für mich, dass den meist verbalen Beteuerungen zum Gewaltverzicht wenig konkrete Taten folgen und die meisten Politiker nicht offen sind für neue gewaltfreie Ansätze, so dass die Forderung „Vorrang für Zivil“ noch immer nicht hinreichend Beachtung findet. Enttäuschend für mich ist außerdem, dass der ZFD trotz breiter Anerkennung in Fachkreisen vor allem aufgrund der sehr begrenzten Ressourcen noch immer nicht so ausgebaut werden konnte, dass seine politischen Wirkungen sichtbarer und noch überzeugender sind.

In dem von Ihnen mitverfassten Leitbild des forumZFD heißt es: „Wir sprechen mit allen Akteuren, also auch mit Angehörigen deutscher und anderer Streitkräfte. Eine zivil-militärische Zusammenarbeit kommt für uns jedoch nicht in Frage.“

Kommt darin Ihre pazifistische Überzeugung zum Ausdruck, die Sie als Quäkerin zu leben versuchen?

Ja, dies ist einerseits Ausdruck meiner friedensethischen Grundhaltung, die auch auf meinen religiösen Erfahrungen als Quäkerin beruht. Sie zielt darauf, militärisches Denken zu überwinden und Konflikte ohne Gewalt zu bearbeiten. Zudem finde ich es absurd, wenn versucht wird, quasi mit der Waffe in der Hand gewaltbereiten Kräften klarzumachen, dass sie kein Recht auf den Gebrauch ihrer Waffen hätten.

Ich sehe in dem Recht auf Frieden ein wichtiges, bisher nicht festgeschriebenes Menschenrecht. Es kann nicht durch Militär gesichert werden, sondern wir können dies dauerhaft nur ohne Gewaltandrohung erreichen.

Dies heißt nicht, dass ich mich dem Dialog mit dem Militär verweigern würde. Ich verwehre mich aber dagegen, dass wir mit unserer Arbeit als Teil einer militärischen Strategie angesehen werden. Außerdem sehe ich in der Zusammenarbeit mit dem Militär eine Aufweichung unserer Haltung als Drittpartei und eine Verletzung unseres Prinzips der Gewaltfreiheit.

Letzte Frage: Angenommen, Sie hätten einen Wunsch frei. Was würden Sie dem forumZFD in erster Linie wünschen?



Helga Tempel (l.) bei der Übergabe von Unterschriften im Rahmen der Kampagne „Vote for Peace“ im Europäischen Parlament in Brüssel.

Ich wünsche dem forumZFD viele Menschen, auch Politiker, die seine Arbeit inhaltlich mittragen und auch finanziell unterstützen.

Und wenn ich noch etwas hinzufügen darf: Es ist an der Zeit, die reichhaltigen Erfahrungen des ZFD, die im Bereich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit gemacht wurden, auch in anderen Politikfeldern zu nutzen. Den Menschen, die für das forumZFD tätig sind, ob im Kölner Friedenshaus oder in den Krisenregionen, wünsche ich einen langen Atem und viel ermutigende Kraft für ihre Arbeit.

Herzlichen Dank für das Gespräch. ■

Die Fragen stellte Thomas Oelerich

„ES IST SCHÖN ZU SEHEN, WIE SICH DIE MENSCHEN WEITERENTWICKELN“

WIE DIE FRIEDENSTRAINERIN GAL HARMAT KRAFT FÜR IHRE ARBEIT SCHÖPFT

von Martin Steber und Dagmar Helmig

Im Hintergrund ist Straßenlärm zu hören, ein Martinshorn dringt durchs Telefon, ab und zu bricht die Verbindung ab. Gal Harmat bringt das nicht aus der Ruhe. Von ihrer Wohnung in Tel Aviv führt die Trainerin für Friedenserziehung, soziale Gerechtigkeit und Gender ein ganz entspanntes Telefonat und wirkt sehr sympathisch. Derzeit lebt die junge Frau in Israel und lehrt an der Akademie für Konflikttransformation des *forumZFD*.

„Gewalt bringt uns nicht weiter, nur die Zusammenarbeit und der Austausch mit anderen Völkern und Kulturen“, betont Gal Harmat. Und sie weiß, wovon sie spricht. Mit ihren 37 Jahren ist sie schon viel herum gekommen, hat Leid und Elend gesehen und erlebt, was Kriege und bewaffnete Aufstände auslösen können. Als Vorstandsvorsitzende von Amnesty International in Israel setzt sie sich weltweit für Menschenrechte ein und ist unter anderem im Auftrag der Vereinten Nationen (UN) und des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM) unterwegs, um Menschen in Friedensfragen zu beraten und auszubilden.

Frühes politisches Engagement

Gal Harmat wurde 1975 im jüdischen Teil von Nazareth geboren und wuchs dort mit ihrer Familie auf. Schon als junges Mädchen haben ihre Eltern – beide Lehrer an einem Gymnasium – ihr vermittelt, Menschen nicht nach Religion oder Staatszugehörigkeit zu beur-

teilen, sondern als Individuen zu betrachten und mit Respekt zu behandeln. „Es gab einige Schlüsselerlebnisse, die mich dazu brachten, mich politisch zu engagieren“, erzählt sie. „Einmal sollte eine Schülerin meines Vaters der Schule verwiesen werden – einfach nur, weil sie als Palästinenserin in Israel lebte. Da ich da auch noch Schülerin war, fand ich das ungerecht und habe angefangen, mir Gedanken über die politische Situation in meinem Land zu machen.“ Der alltägliche Rassismus und die Unterdrückung der Palästinenser prägen sie und ihre Arbeit bis heute.

Nach ihrem Schulabschluss studierte Gal Harmat zuerst politische Wissenschaften und Kunst in Israel, später Konfliktbearbeitung und Gender, Dialog und Friedensverhandlung. Schon als Studentin reiste sie viel umher und belegte Kurse zum Beispiel in Costa Rica und Österreich. Sie spricht hebräisch, englisch, deutsch und arabisch, was die Kommunikation mit Menschen aus anderen Völkern und Kulturen sehr erleichtert, und Gal Harmat privat und beruflich nützt.

Arbeit mit pädagogischen Ansätzen

Bei Besuchen in Deutschland und in der Akademie hat sie auch einen Eindruck über Deutschland und die immer noch bestehenden Differenzen zwischen Ost und West und Land- und Stadtbevölkerung gewonnen. „Eigentlich bin ich ja hier als Trainerin, aber manchmal habe ich den Eindruck, in meinen Kursen mehr zu lernen als zu lehren“, lacht die engagierte Frau. Im vergangenen Jahr war sie mehrmals zu Trainings in Deutschland. Die Arbeit mit Menschen aus allen Teilen der Welt erlebt Gal Harmat als sehr bereichernd. „Ich freue mich jedes Mal, zu erleben, wie sich die Leute entwickeln und von ihnen zu lernen.“ Die Kraft für ihre Arbeit schöpft sie aus dem Enthusiasmus ihrer Absolvent/innen, die sich zusammen mit ihr für Menschenrechte, Frieden und eine bessere Welt einsetzen. „Es ist toll zu sehen, wie die Menschen ihre Erfahrungen und Standpunkte einbringen. Sie entdecken, dass sie viele Konflikte in ihrem Umfeld haben und mir ist wichtig, ihnen zu vermitteln, dass ihre Arbeit mehr als nur ein Job ist.“

Ein wichtiges Thema ihrer Kurse ist der Friedensbegriff. „Für Männer ist Frieden oft einfach die Abwesenheit von Krieg, für Frauen aus bestimmten Ländern heißt Frieden, keine



Angst vor Vergewaltigungen haben zu müssen“, betont die Friedenstrainerin. „Dabei müssen wir beachten, dass sich die Kriege und die Kriegsführung verändert haben. Früher waren 90 Prozent der Opfer junge männliche Soldaten, heute sind es zu 90 Prozent Zivilisten – vor allem Frauen und Kinder.“

Zudem beschäftigt sie sich viel mit dem Thema Diskriminierung. „Die Teilnehmenden sollen dabei lernen, wie man mit persönlicher Diskriminierung umgeht und wie man sich dagegen wehrt. In Ländern wie Deutschland gibt es beispielsweise ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz, das heißt, man kann rechtlich gegen Ausgrenzung vorgehen. Und ich zeige, wie man Techniken und Ansätze entwickelt, die auf Dialog und gegenseitiger Akzeptanz beruhen. Wir machen Rollenspiele, üben zum Beispiel, wie man sich fühlt, wenn man jemanden ausschließt und wie man sich fühlt, wenn man ausgeschlossen wird. Oder wir klären den Unterschied zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung.“

Kochen als neue Lehrmethode?

Gal Harmant ist bemüht, selbst in die Tat umzusetzen, was sie in ihren Kursen lehrt. „Ich befasse mich sehr viel mit Politik, gehe zu Demonstrationen, schreibe über Menschenrechtsverstöße in Brasilien genauso wie in Liberia und Deutschland“. Bleibt da noch Zeit für etwas anderes? „Ich koche, um mich zu entspannen“, erzählt sie. „Manchmal koche ich auch mit meinen Kursteilnehmer/innen, was allerdings auch zu Konflikten führen kann“, lacht sie. „Auch daraus lässt sich lernen, wie man mit Unterschieden umgeht.“ ■

GLOSSAR

Gender und Konfliktbearbeitung

Geschlechterorientierte Konfliktbearbeitung ist auf zwei Ziele ausgerichtet: die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an der Konfliktbearbeitung und die Förderung eines Friedens, der beiden Geschlechtern gerecht wird. Gemeint ist nicht nur das Ende direkter Gewalt, sondern auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Verringerung sozialer Ungleichheit.

Pionierarbeit in geschlechtergerechter Konfliktbearbeitung leisteten unzählige feministische Gruppen und Frauenorganisationen, die sich für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einsetzten. In der UN-Resolution 1325 verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten im Jahr 2000, Frauen gleichberechtigt bei der Konfliktbearbeitung und in Friedensverhandlungen einzubeziehen.

Viele Organisationen verfolgen mittlerweile gendersensitive Konzepte. Das bedeutet, sie binden Frauenorganisationen in Friedensprozesse ein und berücksichtigen spezifische Probleme von Frauen und Männern, damit diese gleichermaßen von Hilfsmaßnahmen profitieren. Außerdem stärken sie die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Zunehmend werden auch Männer und ihre Auseinandersetzung mit militaristischen Männlichkeitsbildern zum Thema der Konfliktbearbeitung. Als Methoden werden zum Beispiel Allianzen von gewaltkritischen Männern, Traumaarbeit mit Veteranen sowie pädagogische Arbeit mit Männern und Jungen angewandt. ■

GUTE NACHRICHTEN

ZFD-PROJEKT GEWINNT FRIEDENSPREIS

Eine Hip-Hop-Oper des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem wurde im Januar mit dem „Europeans for Peace“-Preis der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ ausgezeichnet. Die Oper wurde im vergangenen Herbst von Jugendlichen aus Israel, Palästina und Deutschland in Mannheim aufgeführt. Im Mittelpunkt der Oper „Borderline Remix“ stehen die Themen Flucht und Asyl – Erfahrungen, die viele Teilnehmende gemacht haben. „Wichtig war für die Jugendlichen die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den eigenen Erfahrungen“, sagt Projektleiter und Friedensfachkraft Cheb Kammerer: „Das Projekt hat einen persönlichen Zugang zu einer der wichtigen Herausforderungen der heutigen Zeit eröffnet“. Die 1.500 Euro Preisgeld will das Willy-Brandt-Center, Kooperationspartner des *forumZFD* in Israel und Palästina, nun in weitere grenzüberschreitende Aktivitäten stecken. ■

www.willybrandtcenter.org/de/

AUSZEICHNUNG FÜR FACHKRÄFTE DES FORUMZFD

Ana und Otto Raffai, ehemalige Friedensfachkräfte des *forumZFD*, erhielten in Osijek/Kroatien den „Krunoslav Sukić“ Friedenspreis 2012. Mit diesem Preis werden Förderer des Friedens, der Gewaltlosigkeit und der Menschenrechte im Gedenken an den Journalisten und Philosophen Krunoslav Sukić ausgezeichnet. Das Ehepaar Raffai erhielt die Auszeichnung für sein jahrelanges Engagement zur „Stärkung des Einzelnen sowie der Gemeinschaft für gewaltfreies und an Glaubensgrundsätzen orientiertes Handeln, der Förderung von Gewaltfreiheit als Einstellung und Handlungsleitung sowie der Ermöglichung von Dialog und interreligiöser Zusammenarbeit“ im ehemaligen Jugoslawien. ■

www.krunoslav-sukic.centar-za-mir.hr



Foto: © Typikon Production

FORUMZFD BERICHTET DEUTSCHEM AUSSENMINISTER ÜBER FORTSCHRITTE IM FRIEDENSPROZESS AUF MINDANAO

Bei seinem Besuch am 07. Februar 2013 in der philippinischen Hauptstadt Manila traf Außenminister Guido Westerwelle mit Daniel Jäger, Programmleiter des Forum Ziviler Friedensdienst, und weiteren Experten



zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammen. Westerwelle ließ sich über die jüngsten Fortschritte des Friedensprozesses im Mindanao-Konflikt informieren. Daniel Jäger betonte im Gespräch mit dem Außenminister, dass der Erfolg des Friedensprozesses maßgeblich davon abhängt, die Erwartungen, aber auch die Ängste der verschiedenen lokalen Bevölkerungsgruppen in den politischen Verhandlungen nicht aus den Augen zu verlieren. ■

www.forumZFD.de/press

INSPIRIERENDER FILM ÜBER GEWALTFREIEN AKTIVISMUS IM LIBANON

„Come to me“ ist ein Film, den das *forumZFD* im Libanon in Zusammenarbeit mit verschiedenen Friedensorganisationen des Landes produziert hat. Der Film erzählt die nahezu unbekannt



Geschichte des gewaltfreien Widerstands im Libanon und ruft seine Erfolge in Erinnerung. Das Land ist bis heute geprägt vom Bürgerkrieg (1975 bis 1990) und den Konflikten religiöser Gemeinschaften. Dabei hat die libanesische Gesellschaft viele Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand gemacht, die mehr Beachtung verdienen. Wichtige Protagonisten des gewaltfreien Handelns berichten in dem Film von ihren Erfahrungen. „Wir, die glauben, dass wir unsere Probleme gewaltlos lösen können, sind viele – doch leider sind wir eine stille Mehrheit“, beschreibt eine Protagonistin die Situation.

„Come to me“ ist im Rahmen eines Projekts des *forumZFD* entstanden, das im Libanon für die Potentiale gewaltfreien Handelns in Konflikten wirbt. Die Film premiere fand im August 2012 in Beirut statt. Der Film ist in arabischer Sprache mit englischen Untertiteln. Die DVD kann auf www.forumzfd.de/infoshop bestellt werden. Er ist außerdem im Kanal des *forumZFD* bei youtube zu sehen. ■

www.youtube.de/forumZFD

ERFOLGREICHE FRIEDENSARBEIT

PHILIPPINEN: FRIEDENSFACHKRÄFTE VERHINDERN KONFRONTATIONEN UND MACHEN DEN WEG FREI FÜR EIN FRIEDENSABKOMMEN

Die Nonviolent Peaceforce (NP) hat im Mindanao-Konflikt auf den Philippinen mit dem Einsatz von unbewaffneten zivilen Friedensfachkräften in der Konfliktregion einen wichtigen Beitrag zum jüngsten Friedensabkommen geleistet. Nach einem mehrjährigen Waffenstillstand gelang im Herbst 2012 eine Vereinbarung zwischen der Rebellenorganisation der muslimischen Minderheit auf Mindanao (MILF) und der philippinischen Regierung.

Erstmals war mit NP eine internationale Nichtregierungsorganisation zur Mitarbeit in der internationalen Gruppe eingeladen, die den Waffenstillstand überwachte und an den internationalen Vermittlungen beteiligt war. Üblicherweise wird diese Rolle ausschließlich von Vertretern anderer Staaten oder den Vereinten Nationen übernommen.

Seit dem Jahr 2007 setzt NP internationale Friedensfachkräfte auf Mindanao ein, die mit lokalen Friedensaktivist/-innen zusammenarbeiten. Sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen auch in abgelegenen Regionen und machen sie öffentlich. Die internationale Aufmerksamkeit erzeugte Druck auf die Konfliktparteien, ihre Zusagen zum Waffenstillstand einzuhalten. Besonders wichtig ist die Präsenz der internationalen Friedensfachkräfte in der Konfliktregion. Manchmal genügte ihre bloße Anwesenheit als neutrale Instanz, um aufkommende Konflikte zwischen den bewaffneten Akteuren zu deeskalieren.

Magellan Gonso, Dorfbewohner auf Mindanao, berichtet, wie in seinem Dorf durch die Präsenz der Friedensfachkräfte von NP eine Konfrontation verhindert werden konnte: „Wir sind ein 1.000-Seelen-Dorf, in dem zwei bewaffnete, kampfbereite Gruppen aufeinander trafen. In dieser angespannten Situation gelang es den Friedensaktivisten/innen von NP, Handy-Kontakt zu beiden Seiten herzustellen und einen Rückzug zu erreichen. Die Friedensfachkräfte kamen in den folgenden Wochen mehrmals in unser Dorf. Ihre Präsenz gab uns ein starkes Gefühl von Sicherheit. Nach einer Woche der Betreuung durch NP sagten wir uns, dass wir nun genügend Selbstbewusstsein hätten, uns um unsere eigene Sicherheit zu kümmern (...).“

Menschenrechtsbeobachter/innen von Nonviolent Peaceforce begleiten eine Kundgebung auf den Philippinen.

Mithilfe solcher Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung hat NP dazu beigetragen, dass die Konfliktparteien auf den Philippinen ein Friedensabkommen unterzeichneten. Ihre Präsenz wird weiterhin von Bedeutung sein, damit die Friedensverhandlungen nicht erneut durch Gewalt zurückgeworfen werden. ■

NONVIOLENT PEACEFORCE

Nonviolent Peaceforce arbeitet unparteiisch und unbewaffnet mit ausgebildeten Friedensfachkräften aus der ganzen Welt. In Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft vor Ort wenden die Einsatzteams erprobte gewaltfreie Strategien an, um Menschenrechte zu schützen, Gewalt zu verhindern und ein Umfeld zu schaffen, in dem lokale Friedensstifter wirken können. Das forumZFD zählt zu den Mitgliedsorganisationen und Mitbegründern der NP.

www.nonviolent-peaceforce.org



NACHAHMER GESUCHT!

MITGLIEDER STOCKEN FÖRDERBEITRÄGE AUF. DANKE.



Jochen Schmidt, seit vielen Jahren Mitglied im forumZFD und derzeit beruflich in der Europäischen Kommission in Brüssel tätig: „Ich möchte meinen Mitgliedsbeitrag gerne erhöhen.“

„Mein aktueller Job lässt mir wenig Zeit für friedenspolitisches Engagement, aber ich unterstütze das forumZFD gerne weiterhin. Ihr könnt zukünftig meinen reduzierten Mitgliedsbeitrag von 90,-Euro auf die normale Beitragshöhe von 180,-Euro anheben und von meinem Konto abbuchen.“

So schrieb uns der 33jährige Jochen Schmidt aus Brüssel. Seit vielen Jahren ist er mit dem forumZFD verbunden, davon einige Jahre als Mitarbeiter in unserer vorherigen Bonner Geschäftsstelle. Über solche Rückmeldungen freuen wir uns ganz besonders, weil sie ein Beispiel für das Vertrauen unserer Unterstützer/innen

in unsere Friedensarbeit sind. Zugleich wird daran deutlich, dass es ein starkes Bewusstsein unter unseren Mitgliedern und Förderern für die Notwendigkeit gibt, die Weiterent-

wicklung unserer Friedensarbeit auch mit der notwendigen finanziellen Unterstützung zu fördern.

Diese Förderbereitschaft haben wir im vergangenen Jahr auch im Rahmen einer Telefonaktion erfahren, mit der wir unsere regelmäßigen Unterstützer/innen um eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags bzw. des

SPENDENKONTO:

- **Konto: 82 401 01**
- **Bank für Sozialwirtschaft (BFS)**
- **BLZ 370 205 00**

Förderbeitrags gebeten haben. Viele haben großes Verständnis für unser Anliegen gezeigt und – wenn möglich – ihre regelmäßige Förderung aufgestockt. Auch dadurch ist es gelungen, dass wir im Jahr 2012 ein außerordentlich gutes Spendenergebnis mit knapp über 264.000,-Euro erreicht haben.

Herzlichen Dank daher an alle, die sich entschlossen haben, ihren regelmäßigen Beitrag als Mitglied oder Förderer zu erhöhen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich von diesem Beispiel anstecken lassen. Nachahmer gesucht! ■

TRANSPARENZINITIATIVE

Das forumZFD ist Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Die Initiative hat zum Ziel, mehr Transparenz, Qualität und Kontrolle bei Spendenorganisationen zu erreichen. Informationen unter:

www.forumZFD.de/transparenzinitiative ■



WIE SIE UNS

UNTERSTÜTZEN KÖNNEN!

■ Online-Banking/Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung zukommen lassen können. Die Spendenbescheinigungen versenden wir automatisch mit Beginn des neuen Jahres. Spenden können Sie auch unter:

www.forumZFD.de/spenden

■ Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem **MAGAZIN**.

■ Mitglied oder Förderer werden

126 Einzelmitglieder sowie über 350 regelmäßige Förderer bilden die finanzielle Basis unserer Friedensarbeit. Wir freuen uns daher ganz besonders über neue Mitglieder (Beitrag 180,-Euro im Jahr/ erm. 90,-Euro).

IHR ANSPRECHPARTNER

In Spendenfragen steht Ihnen Thomas Oelerich telefonisch (0221 91 27 32 -32) oder per E-Mail [oelerich@forumZFD.de] gerne zur Verfügung.



BESTELLEN SIE JETZT!

MAGAZIN forumZFD

Unser viermal jährlich erscheinendes MAGAZIN können Sie über www.forumZFD.de kostenlos abonnieren. Eine Spende erleichtert uns die Finanzierung.

- ___ Ausgabe 1/2012 (16 Seiten, Schwerpunkt Libanon)
- ___ Ausgabe 2/2012 (mit Geschäftsbericht 2011, 28 Seiten)
- ___ Ausgabe 3/2012 (16 Seiten, Schwerpunkt Philippinen)
- ___ Ausgabe 1/2013 (20 Seiten, Schwerpunkt westl. Balkan)



Faltblätter

- ___ **Faltblatt „Berufsbild Friedensfachkraft“**
(12 Seiten, kostenlos)
- ___ **Faltblatt „Leitbild forumZFD“**
(16 Seiten, kostenlos)



Kampagnen-Material

- ___ **Aktionsfaltblatt**
(4 Seiten, 21x21cm, mit den zentralen Argumenten für den Ausbau des ZFD und Unterschriftenliste, kostenlos)
- ___ **Aktions-Doppelpostkarte**
(4-seitige Postkarte als Response-Element, zum Verteilen und Unterschreiben, kostenlos)
- ___ **Aktionsplakat**
(DIN-A2, Motiv wie Postkarte, kostenlos)



Kaffee

- ___ **Friedenskaffee (gemahlen), Päckchen á 250gr.**
(20 Päckchen = 10 Pfund/86,00€)
- ___ **Friedenskaffee (Bohnen), Päckchen á 250gr.**
(20 Päckchen = 10 Pfund/86,00€)



Materialbestellungen gegen Versandkosten über:

- [forumZFD](http://forumZFD.de), Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
- E-Mail: kontakt@forumZFD.de
- Tel: 0221 91 27 32-0
- Fax: 0221 91 27 32-99
- Online: www.forumZFD.de/infoshop

Solidarischer Genuss!

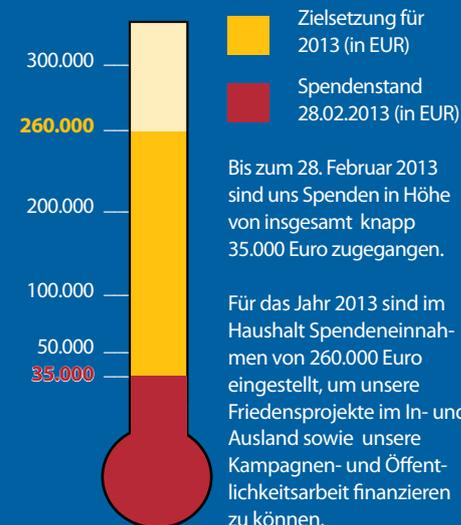
Unser Friedenskaffee ist ein hochwertiger Bio-Arábica-Kaffee aus dem Hochland Kolumbiens, der von Kleinbauern genossenschaftlich angebaut wird. Wir bieten den Kaffee (gemahlen/ungemahlen) in Kooperation mit dem Fairhandels-Unternehmen EL PUENTE an. Aus Gründen der Versandkostenersparnis jeweils nur im Paket zu je 20 Päckchen (86,00€ zzgl. Versandkosten).



Der Kaffee ist über ein Jahr lang problemlos ohne Qualitätsverlust lagerfähig. Zudem eignen sich die Päckchen wunderbar als kleines Gastgeschenk oder besondere Aufmerksamkeit im Freundeskreis. Unser Friedenskaffee steht symbolisch für die Verbindung der Themen Frieden und Gerechtigkeit. Ein Teil des Erlöses fließt in unsere Friedensprojekte weltweit.

SPENDENBAROMETER

Stand Ende Februar 2013





BITTE 20 MILLIONEN MEHR

Zivile Friedenskräfte können Konflikte entschärfen, bevor sie zu Gewalt und Krieg führen. Deshalb muss mehr Geld in gewaltfreie Prävention statt in Militärinterventionen investiert werden. Wir fordern die neue Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, drei Jahre lang je 20 Millionen Euro mehr für den Zivilen Friedensdienst bereitzustellen.

Ihre Stimme zählt. Jetzt unterschreiben auf www.20millionen-mehr-vom-militaer.de

DENKANSTOSS

„Der Einsatz militärischer Gewalt ist nie das Normale. Ihr geht immer ein Scheitern der Politik voraus.“

(Wolfgang Huber,
ehemaliger Ratsvorsitzender der Ev. Kirche in Deutschland)

IMPRESSUM:

Forum Ziviler Friedensdienst e. V., Am Kölner Brett 8, 50825 Köln

E-Mail: kontakt@forumZFD.de Internet: www.forumZFD.de

Tel.: 0221 / 91 27 32 - 0 Fax: 0221 / 91 27 32 - 99

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.), Thomas Oelerich

Layout und Gestaltung: Agentur thanks-and-more Auflage: 5.000 Stück

Papier: 100% Recycling-Papier Fotos ohne Angaben: © forumZFD

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft (BFS) Konto: 82 401 01 BLZ 370 205 00

IBAN: DE 37 370 205 00 000 82 40 101 BIC/SWIFT: BFSWDE33XXX

Unser MAGAZIN erscheint vierteljährlich und ist kostenlos. Für eine Kostenbeteiligung in Form einer Spende sind wir dankbar.